



Das „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung ist auf einem guten Weg

Staatsminister Bernd Neumann diskutierte mit der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Anita Schäfer, Kurt J. Rossmanith, Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, Jochen-Konrad Fromme, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, Carsten Müller, Helmut Sauer

Über den Sachstand der Arbeit zur Errichtung des im Koalitionsvertrag vereinbarten „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung sowie über die Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenen-gesetz sprach Staatsminister Bernd Neumann am 27. März mit Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

An verschiedenen Punkten machte er deutlich, dass sich das Regierungshandeln im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 BVFG seit seinem Amtsantritt erheblich geändert habe. So seien nicht nur die Mittel in

diesem Bereich um eine Million Euro erhöht und fortgeschrieben worden; es seien wichtige Verantwortungsbereiche auch neu besetzt worden. So habe sich die Zusammenarbeit zwischen seinem Haus und den Vertriebenenverbänden deutlich verbessert.

Staatsminister Neumann betonte deutlich das jahrelange Eintreten von CDU und CSU für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und wusste überzeugend darzulegen, dass die Planungen für das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ auf einem guten Weg sind. Sehr offen wurden Anregungen ausgetauscht und aufgenommen.

INHALT

SEITE 3
DEUTSCHE IN RUMÄNIEN PROFITIEREN AUCH VON EUROPA
IAV

SEITE 4
VERTREIBUNGSGESCHICHTE STÖBT AUF BEEINDRUCKENDES INTERESSE – WARNUNG VOR „OPFERKULT“ UNNÖTIG
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 5
UNTER GERECHTIGKEITASPEKTEN DIE NOCH OFFENEN BEI KRIEGSFOLGEN UND SED-UNRECHT LÖSEN
IAV

SEITE 7
ELTERNNETZWERK NRW – INTEGRATION MITEINANDER
Thomas Kufen

Das völkerrechtliche Unrecht von Vertreibung darf nicht angezweifelt werden

Von Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung von CDU und CSU

2 Tage nach dem Besuch der Bundeskanzlerin in Polen unternimmt der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski erneut den Versuch, die Geschichte durch Polen umzudeuten.

2005 hat zu Recht der damalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog festgestellt: „Weder deutsche Kriegsschuld noch der Nationalsozialismus waren und sind eine Rechtfertigung für die Vertreibung. Vertreibung ist und bleibt ein völkerrechtlich zu ächtendes Unrecht, gerade weil es auch heute noch in vielen Teilen der Welt vorkommt.“

2005 hat der damalige Hochkommissar für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen José Ayala Lasso gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen erklärt: „Das Recht aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht.“

Niemand, auch keine Bundesregierung, hat das Recht, auf privates Eigentum zu verzichten. Der Versuch des SPD-Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Gernot Erler, gemeinsam mit der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft“, das „Lastenausgleichsgesetz“ als „Eigentumsentschädigung“ und damit „Eigentumsverzicht“ umzudeuten, entspricht

nicht der Wahrheit und ist geradezu skandalös.

Das Materielle spielt bei den meisten meiner heimatvertriebenen Schicksalsgefährten nicht die entscheidende Rolle. Wir unterstützen die Bundeskanzlerin - die wie wir - an ehrlichen und konstruktiven deutsch-polnischen Beziehungen interessiert ist.

Wenn Ministerpräsident Kaczynski an einer erfolgreichen Zukunft unserer Länder interessiert ist,

sollte er seinerseits, nach dem Besuch der Bundeskanzlerin, alle anti-deutschen Aussagen unterlassen und sich bemühen, die polnischen Nationalisten und Rechtsextremisten zu überzeugen, ihr Antideutschtum umgehend zu stoppen.



Helmut Sauer

Historische Auseinandersetzung mit dem Thema Vertreibung im Schulunterricht ist notwendig

Rudolf Friedrich wirbt in Hessen für weitere Verbesserungen bei der Vermittlung der Vertreibungsgeschichte

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat bei einer schulpolitischen Veranstaltung in Marburg darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, dass in allen Schulen in Hessen über die historische Bewertung der Vertreibung unterrichtet wird. Dies sei letztlich ein Beitrag zum Frieden.

Wer sich mit dem Schrecken der Vertreibung von 1945/1946 auseinandersetze, werde sich in der Zukunft auch dafür einsetzen, dass Vertreibungen von Menschen aus ihrer Heimat nicht akzeptiert und in der Politik geächtet werden müssen.

Friedrich informierte darüber, dass im Gegensatz zu den früheren Rahmenplänen in den neuen hessischen Lehrplänen das Thema Flucht und Vertreibung ausdrücklich genannt wird.

Dies sei ein großer Erfolg, auch wenn es bei den Schulbüchern hier und da Probleme gebe. Das Hessische Kultusministerium habe nach Baden-Württemberg eine Lehrerhandreichung zum Thema Vertreibung heraus-

gegeben und den Schulen übersandt. Außerdem sei den Medienzentren und Bildstellen die CD-ROM „Die große Flucht“ sowie die achtbändige Dokumentation „Vertreibung“ zur Verfügung gestellt worden.

Von Bedeutung für den Schulunterricht seien neben der aktualisierten und erweiterten Dauerausstellung „Vertriebene in Hessen“ im Hessenpark auch die Schülerwettbewerbe zum Thema Osteuropa. Er dankte allen, die als Zeitzeugen vor Schülern ihr Vertriebenenschicksal erzählen, denn dies sei ein wichtiges Element der Geschichtsvermittlung.

„Trotz aller Verbesserungen sehe ich auch 60 Jahre nach der Vertreibung noch Handlungsbedarf. Dies müssen Schüler, Eltern, Politik, Schulleitungen, Elternbeiräte und natürlich auch das Kultusministerium erkennen“, so Landesbeauftragter Friedrich.

Von Richard von Weizsäcker stamme das Wort: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Zukunft“. Dies gelte auch für das Thema „Vertreibung“ im Rahmen des Unterrichts an unseren Schulen.

Deutsche in Rumänien profitieren auch von Europa

Bogdan Mazuru, Botschafter von Rumänien, zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Susanne Jaffke, Zeno-Karl Pinter, Unterstaatssekretär für interethnische Beziehungen in der rumänischen Regierung, Bogdan Mazuru, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter von Rumänien, Jochen-Konrad Fromme

Über die Lebenssituation der deutschen Minderheit in Rumänien sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Rumänien und dem deutschstämmigen Unterstaatssekretär für interethnische Beziehungen Zeno-Karl Pinter.

Dabei lobten die Bundestagsabgeordneten die umfassenden Rechte, die den Minderheiten in Rumänien institutionell zugestanden werden. Berichtet wurde von rumänischer Seite, dass man in den letzten Jahren deutliche Fortschritte im Bereich der Restitution bemerkt hat, besonders

im Bereich der Kulturgüter. Die rechtlichen Grundlagen der Restitution in Rumänien bezeichnete Helmut Sauer als beispielgebend für andere europäische Staaten. Über die Aufgaben der Pflege des kulturellen Erbes in Siebenbürgen und im Banat wurde ebenso gesprochen, wie über den Nutzen der Pflege, der deutlich in Hermannstadt (Sibiu), der europäischen Kulturhauptstadt 2007 zu Tage tritt.

Erörtert wurde auch die Problematik der Finanzierung der vom Bundesinnenministerium geförderten Altenheime im Banat und Siebenbürgen unter dem Aspekt einer stärkeren finanziellen Beteiligung Rumäniens.

„Sprache ist zentraler Bestandteil der Integration“

Baden-Württemberg fördert sehr erfolgreich Sprachkursmaßnahmen mit berufsorientierenden Elementen

„Sprache ist die Grundlage für gegenseitiges Verstehen und eine Schlüssel-Qualifikation für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie öffnet den Zugang zu Schule und Ausbildung sowie zum Arbeitsmarkt,“ so Innenminister Heribert Rech in Stuttgart. Aus Mitteln der Landesstiftung Baden Württemberg GmbH würden weitere 2,2 Millionen Euro für Integrationsangebote zur Verfügung gestellt. Das Innenministerium bietet auch im Jahr 2007 Sprachkurse mit berufsorientierenden Bestandteilen für Ausländerinnen und Ausländer sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler an.

Die Vermittlungsquote von rund 50 Prozent in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis oder auf eine weiterführende Schule auf Grund der Sprachkurse aus den Jahren 2002 bis 2006 sei Anlass genug, das erfolgreiche Projekt weiterzuführen und auf drei Jahre festzuschreiben. Voraussetzung für die Teilnahme sei der vorherige Besuch eines Integrationskurses, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert. „Die mit Mitteln der Landesstiftung geförderten Sprachkurse haben eine Laufzeit von sechs Monaten einschließlich eines vierwöchigen Berufspraktikums“, sagte Rech. Neben der Integration durch eine

gute sprachliche Verständigung sei vor allem die Berufsorientierung und damit die Vermittlung in den Arbeitsmarkt ein wesentliches Ziel. In den nächsten drei Jahren sollen 2,2 Millionen Euro in insgesamt 72 Kurse investiert werden. Die organisatorischen Vorbereitungen würden von den vier Regierungspräsidien flächendeckend und wohnortorientiert getroffen.

„Fördern und Fordern‘ lautet die Integrationsmaxime des Landes, und beides wird mit diesem Angebot erreicht“, sagte der Innenminister. Die positiven Erfahrungen, die in den Jahren 2002 bis 2004 mit insgesamt 24 Sprachkursen für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler gemacht worden seien, hätten das Innenministerium veranlasst, dieses Angebot auf nicht mehr berufsschulpflichtige Personen und bleibeberechtigte Ausländerinnen und Ausländer auszudehnen. Im Jahre 2005 seien deshalb 18 Sprachkurse dieser Art für rund eine Million Euro angeboten worden. Zum Jahreswechsel 2005/2006 seien weitere acht Sprachkurse und 2006 nochmals 14 Integrations Sprachkurse erfolgreich durchgeführt worden. „Zu einer erfolgreichen Integration sind sowohl Sprache als auch Arbeit nötig“, sagte Rech.

ARD-Zweiteiler „Die Flucht“ ist ein guter Impuls zur Aufarbeitung der Geschichte

Jochen-Konrad Fromme anlässlich der Ausstrahlung des Zweiteilers „Die Flucht“ am 4. und 5. März 2007

Der ARD ist Dank zu sagen, dass sie sich mit hohem finanziellen Aufwand dem Mammutprojekt gestellt hat, unter dem Titel „Die Flucht“ das schwere Schicksal der deutschen Zivilbevölkerung im Osten des damaligen Deutschen Reiches dramaturgisch aufzuarbeiten.

Der Zweiteiler ist spannend und realitätsnah zugleich und trägt dadurch erheblich zur Vermittlung dieses wichtigen Kapitels unserer gesamtdeutschen Geschichte bei.

Diese Fernsehproduktion wird zweifellos einen Beitrag dazu leisten, unser Geschichtsbewusstsein auch im Hinblick auf die Vertreibungsgeschichte zu schärfen und zu erweitern.

Nachdem es der ZDF-Reihe „Die große Flucht“ von Guido Knopp vor einigen Jahren im Dokumentarfilmgenre schon gelungen ist, insgesamt fünf Millionen Zuschauer zu erreichen, verspricht das ARD-

Historiendrama das Interesse noch weiterer Gruppen zu erschließen.

Die ARD nimmt sich mit ihrem Zweiteiler eines Themas an, das in Deutschland leider über Jahrzehnte von vielen Kräften tabuisiert worden ist. Der Aufarbeitungsbedarf ist daher nach wie vor groß.

Von dem Historiendrama kann daher ein wichtiger Impuls zu einer weitergehenden Beschäftigung mit dem Thema ausgehen. Gerade in dieser Hinsicht ist der Zweiteiler auch ein guter thematischer Einstieg für den Schulunterricht.

Seit vielen Jahren treten CDU und CSU dafür ein, die Geschichte von Flucht und Vertreibung stärker im Schulunterricht zu verankern. In den unionsregierten Bundesländern konnten hier große Erfolge erzielt werden. Es ist zu hoffen, dass die Ausstrahlung von „Die Flucht“ zu einer weiteren Verbesserung beiträgt.

Vertreibungsgeschichte stößt auf beeindruckendes Interesse – Warnung vor „Opferkult“ unnötig

Jochen-Konrad Fromme bewertet den Erfolg des ARD-Zweiteilers „Die Flucht“ für die historische Aufarbeitung

13,5 Millionen Menschen haben in Deutschland die Ausstrahlung des ARD-Zweiteilers „Die Flucht“ verfolgt. Angesichts von heute rund 40 für nahezu jedermann empfangbaren Fernsehprogrammen ist dies mehr als beeindruckend. Die Sendungen haben Einschaltquoten erzielt wie sonst nur „Wetten, dass ...?“ oder internationale Fußballspiele. Der Erfolg belegt eines: Die Deutschen haben ein ehrliches Interesse daran, mehr über ein Kapitel ihrer Geschichte zu erfahren, das lange Zeit an den Rand gedrängt worden ist.

Bereits die vor wenigen Jahren ausgestrahlte Dokumentationsreihe „Die große Flucht“ des Historikers Prof. Dr. Guido Knopp haben über fünf Millionen Menschen verfolgt, die Novelle „Im Krebsgang“ von Günter Grass, die vor dem historischen Hintergrund des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“ spielt, wurde zum Bestseller.

Rund 15 Millionen Deutsche verloren als Flüchtlinge oder Vertriebene am Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat. Jede vierte deutsche Familie hat heute einen Vertriebenenhintergrund.

Beauftragt vom Haus der Geschichte hat das Institut Allensbach eine demoskopische Untersuchung veröffentlicht, die deutlich belegt hat, dass die Vertreibungsgeschichte im Interesse der Deutschen von großer Relevanz ist.

Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung und Integration“ des Hauses der Geschichte hat ein sehr großes Publikum angezogen und auch die zeitlich begrenzte Ausstellung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat über 60.000 Besucher angelockt. Sowohl die Begleitung in den Medien als auch die Rezeption derjenigen, ob als Besucher, Zu-

schaauer oder Leser, kündeten jeweils von einer sehr sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der Geschichte, ohne überschäumende Emotionen oder gar revanchistische Äußerungen gegen unsere Nachbarstaaten.

Zu der jetzt geäußerten Befürchtung des Historikers Hans-Ulrich Wehler, eine weitere Beschäftigung mit den Themen würde in Deutschland einen „Opferkult“ entstehen lassen, gibt es keinen Anlass. Bisher waren alle Darstellungen in Deutschland außerordentlich solide.

Der ARD-Zweiteiler „Die Flucht“ hat das Elend der Flüchtlinge aus dem deutschen Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Der Flucht folgte die millionenfache gewaltsame Vertreibung. Dieses Thema behandelt der Film nicht. Es gehört aber unverzichtbar zum historischen Bestand der Zeit unmittelbar nach Kriegsende.

Die Deutschen sind mehr als reif dafür, auch dieses Kapitel umfassend aufzuarbeiten. Auch wir Deutschen haben sechs Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg und nach Flucht und Vertreibung, wie auch unsere europäischen Nachbarn, das Recht auf Trauer und Erinnerung an unsere Opfer.



Jochen-Konrad Fromme

Unter Gerechtigkeitsaspekten die noch offenen Fragen bei Kriegsfolgen und SED-Unrecht lösen

Initiative für eine Koalitionsarbeitsgruppe zum Kriegsfolgenrecht in der Arbeitsgruppensitzung beschlossen



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Jana Elischerova (IPS-Praktikantin), Ministerialrat Werner Groß, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Anita Schäfer, Helmut Sauer, Jochen-Konrad Fromme, Eckardt Lotze, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Schon Max Weber hatte die Politik als die Kunst des Bohrens ganz dicker Bretter identifiziert. Jahrelanges Bohren beim Koalitionspartner erscheint nun zumindest die Bereitschaft hervorgebracht zu haben, die Regelungen des Kriegsfolgenrechts und der SED-Unrechtsbereinigung dahingehend zu analysieren, inwieweit noch offene Fragen bestehen, die unter sozialen Aspekten von deutscher Seite eine Lösung verlangen. Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler hat der daher

nach Sondierung beschlossen, die Gründung einer Koalitionsarbeitsgruppe anzuregen. Vor diesem Hintergrund wurde die Bundestagsbefassung des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes zunächst zurückgestellt. Für die inhaltliche Vorbereitung der anstehenden Fragen hat sich die Gruppe mit Ministerialrat Werner Groß beraten, der seit vielen Jahren im Bayerischen Sozialministerium mit den Fragen des Lastenausgleichs und der Vertriebenenpolitik federführend befasst ist.

Bundeskanzlerin Merkel unterstützt in Warschau „sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung

Jochen-Konrad Fromme zum Polen-Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 16./ 17. März 2007

Das deutsch-polnische Verhältnis ist derzeit von vielen Unstimmigkeiten und Interessengegensätzen belastet. Da ist es gut, dass es der Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch gelungen ist, zu der dringend benötigten Entspannung beizutragen, ohne wichtige Positionen Deutschlands aufzugeben.

Denn es ist einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland nun einmal nicht möglich, auf die Eigentumsrechte von Privatpersonen zu verzichten. Daher ist es richtig, dass die Bundeskanzlerin die von Warschau geforderte Verzichtserklärung nicht vereinbart hat. Weder die Bundesregierung noch die im Bundestag vertretenen Parteien unterstützen die „Preußische Treuhand“; eine Verzichtserklärung des Staates über privates Vermögen würde unserem Rechtsstaat aber schweren Schaden zufügen und wäre rechtlich ohne Bestand.

Seit Jahren treten CDU und CSU für die Errichtung eines „Zentrums

gegen Vertreibungen“ in Berlin ein und Angela Merkel als Bundeskanzlerin steht ohne Wenn und Aber hinter dem im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarten „sichtbaren Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung in Berlin. Ihr ehrliches Auftreten in Warschau ist dabei sehr hilfreich und ein guter Beitrag, von polnischer Seite bestehenden Befürchtungen zu begegnen.

Im deutsch-polnischen Verhältnis werden zurzeit auf vielen Feldern Konflikte ausgetragen. Ob in der Frage des EU-Verfassungsvertrages, beim deutsch-polnischen Jugendaustausch oder bei den die gemeinsame Geschichte betreffenden Fragen.

Bundeskanzlerin Merkel hat durch ihren Besuch einen guten Beitrag geleistet, das Verhältnis zu verbessern. Es wäre erfreulich, wenn der deutsch-polnische Dialog dadurch neuen Schub, auch über kritische Fragen gewinnt.

Forderungen gegen Erika Steinbach sind absurd – Dialog mit Polen stärken

Jochen-Konrad Fromme wirbt für einen offenen Dialog mit Polen ohne Aussparung auch schwieriger Themen

Als die Grünen-Chefin Claudia Roth ihre Forderungen an die Union erhoben hat, Konsequenzen im Hinblick auf Äußerungen von Erika Steinbach gegenüber der polnischen Regierung zu ziehen, hat sie offensichtlich die noch viel akzentuierteren Äußerungen des Fraktionsgeschäftsführers ihrer eigenen Partei, Volker Beck, bewusst ausgeklammert.

Dieser hatte u.a. erklärt, „die Liga für polnische Familie, die den Kultusminister stellt, hat für mich Neonazi-Züge.“ Schon deshalb verbieten sich Forderungen der Grünen in Richtung Union.

Die Regierungen in den einzelnen Nationalstaaten der Europäischen Union werden von den dortigen Bürgern gewählt. Als Partner in Europa haben wir auf die Wählerentscheidungen in unseren Nachbarländern keinen Einfluss. Unsere Aufgabe ist es, mit den jeweiligen Regierungsvertretern so konstruktiv wie möglich und dialogisch zusammenzuarbeiten.

Das schließt aber nicht aus, auch deutliche Kritik zu üben, wenn fundamentale Rechte von Bevölkerungsgruppen bedroht sind oder einzelne

Gruppen aufgrund ihrer nationalen, kulturellen oder religiösen Eigenschaften diskriminiert oder herabwürdigend behandelt werden. Antisemitische Äußerungen von Regierungsvertretern dürfen wir in Europa nicht dulden, so etwas muss deutlich angesprochen werden.

Das Gleiche gilt, wenn in den Rechtsbestand von Minderheitenrechten, das stand in Polen in Bezug auf die deutsche Minderheit im Raum, eingegriffen werden soll.

Wichtig ist aber, dass sowohl die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Dialog und damit auch zur Auseinandersetzung erhalten bleiben.

Ganz bewusst haben CDU und CSU sich seinerzeit gegen die von Rot-Grün und der damaligen Bundesregierung betriebene Ausgrenzungspolitik gegen unser Nachbarland Österreich gewandt, als sich dort die Regierung aus ÖVP und FPÖ gebildet hat.

Wie gesagt, nationale Regierungen werden in den jeweiligen Nationalstaaten gewählt. Der Dialog mit Warschau muss daher auch unter schwierigen Gesichtspunkten und auch zu schwierigen Themen immer wieder gesucht werden.

Außenminister muss Gesine Schwan zurückhalten – „sichtbares Zeichen“ fest vereinbart

Jochen-Konrad Fromme kritisiert die Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom 11. November 2005 wurde vereinbart: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein ‚Sichtbares Zeichen‘ setzen.“

In dieser Formulierung kommt der eindeutige und gemeinsame Wille der die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD zum Ausdruck. Daher kann es nicht sein, dass die Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, die beim Auswärtigen Amt ressortiert, durch ihr Verhalten Ressortiments bei unseren polnischen Nachbarn gegenüber diesem Projekt noch zusätzlich schürt.

CDU und CSU setzen sich seit Jahren für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ein. Dabei wurde von Anfang an davon ausgegangen, sich nicht ausschließlich mit der Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern mit den europäischen Vertreibungen im 20. Jahrhundert zu beschäftigen.

Die bisherigen konzeptionellen Überlegungen für die Errichtung eines

„sichtbaren Zeichens“ in Berlin (so wie die Einrichtung im Koalitionsvertrag bezeichnet ist) gehen auch von einem Ansatz aus, der die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert mit ihren Ursachen und Wirkungen also in ihrem jeweiligen Kontext in den Blick nimmt.

Wie man angesichts der bisherigen sorgsamsten Arbeiten, einer ebenso auf historische Wahrheit wie auch auf Versöhnung und Aussöhnung ausgerichteten Einrichtung den Vorwurf erheben kann, diese „würde die deutschen Vertriebenen in einer Opferrolle darstellen, die nicht dem tatsächlichen Geschichtsverlauf entspricht“, ist mir unerfindlich.

Das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ ist ein Projekt, was von der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien gestützt wird.

Da ist es äußerst misslich, wenn die Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen immer wieder in dem Land Ängste schürt, das dem Projekt ohnehin negativ gegenübersteht.

Daher ist jetzt der Bundesaußenminister gefordert, Frau Schwan aufzufordern, die Politik der Großen Koalition zu unterstützen, anstatt die Projekte der eigenen Regierung im Ausland in Misskredit zu bringen.

„Elternnetzwerk NRW – Integration miteinander“



Am 24. März 2007, haben auf Einladung des nordrhein-westfälischen Integrationsbeauftragten, Thomas Kufen, in Essen 119 Vereine und Organisationen das landesweite Elternnetzwerk "Elternnetzwerk NRW. - Integration miteinander" gegründet. "Das Elternnetzwerk ist ein loser Zusammenschluss all Derjenigen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, zugewanderte Eltern als Partner für die Erziehung und Bildung der Kinder zu gewinnen und sie aktiv in die Verbesserung der Bildungssituation einzubeziehen. Ein solcher Zusammenschluss ist bundesweit einmalig und verdeutlicht, das auch Zuwanderereltern ihren Beitrag zur Integration leisten wollen", so Thomas Kufen.

Der Integrationsbeauftragte betont, dass es häufig der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt zu sein scheint, dass Eltern mit Zuwanderungsgeschichte sehr wohl an einem Bildungserfolg ihrer Kinder interessiert sind. Es sei nicht richtig, das schlechte Abschneiden von Schülerinnen und Schülern mit einer Zuwanderungsgeschichte auch am mangelnden Interesse der Eltern festzumachen. Viele Eltern sind eben um ihren Kindern ein besseres Leben und eine bessere Bildung zu ermöglichen

damals aus ihren Herkunftsländern nach Deutschland gekommen, obwohl sie weder Sprache noch Kultur, geschweige denn das Bildungssystem ihrer neuen Heimat kannten.

Die Eltern qualifizieren sich selbständig und ehrenamtlich in ihren Vereinen und Initiativen in verschiedenen Bildungs- und Erziehungsfragen. Sie setzen sich dafür ein, dass ihr Multiplikatorenwissen möglichst vielen Eltern bekannt wird. Hierzu führen sie Seminare und Informationsveranstaltungen durch und organisieren Veranstaltungen für Eltern. Im Mittelpunkt steht dabei das ehrenamtliche Engagement der Eltern, die Unterstützung durch professionelle Partner ist jedoch ausdrücklich erwünscht. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat dieses landesweite Netzwerk aufgebaut, um die "Brückenfunktion" der Vereine von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte zu verstärken.

Das "Elternnetzwerk - Integration miteinander" ist auch im Internet durch eine eigene Internetseite unter www.elternnetzwerk.nrw.de vertreten. Dort kann man sich über Neuigkeiten aus dem Netzwerk, aber auch über andere Themen im Bereich Bildung informieren.

Ausstellung zur sudetendeutschen Gemeinde Rothmühl

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat die Eröffnung der Ausstellung „Die sudetendeutsche Marktgemeinde Rothmühl - Von Künstlern gesehen“ zum Anlass genommen, dem scheidenden Landeskulturreferenten des Bundes der Vertriebenen in Hessen, Dr. Hans Jandl, für sein einzigartiges Wirken bei der Bewahrung der ostdeutschen Kultur zu danken. Völlig zu Recht habe die letzte Ausstellung des Landeskulturreferenten seine sudetendeutsche Heimatgemeinde Rothmühl im Schönhengstgau zum Thema. Es sei wirklich einmalig, wenn rund 70 Bilder mit Rothmühler Motiven ausgestellt werden, die von verschiedenen Künstlern und in verschiedenen Techniken gemalt worden seien.

Gute Projekte zur Spätaussiedlerintegration in Hessen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat in Wiesbaden auf die Förderung von Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler hingewiesen. Als erstes Bundesland habe Hessen ein flächendeckendes Netz zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse geschaffen. Hierzu gehören auch Kinder von Spätaussiedlern. Darüber hinaus werden Fortbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher gefördert, damit gut ausgebildetes Fachpersonal die Sprachförderung durchführen kann. Im Jahr 2006 wurden so 10.593 Kinder gefördert und 2.677 Erzieherinnen und Erzieher weitergebildet. Im Jahr 2007 stehen für dieses Förderprogramm 3.255.900 € zur Verfügung.



Christa Stewens zum ARD-Zweiteiler „Die Flucht“

„Wir sind unseren Mitbürgern, die das Vertreibungsschicksal erleiden mussten, verpflichtet. Dies beginnt damit, dass man ihr Schicksal wahrheitsgemäß benennt. Was ihnen widerfahren ist, war keine Umsiedlung, kein Transfer, sondern Vertreibung. Es ist gut, dass das Vertreibungsschicksal nun an so prominenter Stelle im deutschen Fernsehen zum Thema gemacht wird“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens heute in München.

„Kern der Erinnerung ist das Mitfühlen. Spät, aber in letzter Zeit vermehrt, nehmen wir das Schicksal von 15 Millionen deutschen Vertriebenen wahr: die Torturen der Vertreibung, den Verlust Jahrhunderte alter Heimat, des Eigentums, sämtlicher kultureller Zeugnisse. Später die jahrzehntelange Verunglimpfung durch die kommunistische Staatengemeinschaft, der zeitweilige Versuch hierzulande, die Vertriebenen von der politischen Mitgestaltung auszugrenzen. ‚Flucht und Vertreibung‘ sind für die Betroffenen ein Synonym für unermessliches Leid“

Deutsche und Tschechen – 800 Jahre Geschichte

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat in Stuttgart bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum „Tag der Selbstbestimmung“ anlässlich des 4. März 1919 die Festrede gehalten und Mut und Weitsicht bei der Bereinigung der zwischen deutschen und Tschechen bestehenden Konflikte gefordert. „Die Vertreibung war und ist ein Verbrechen. Darüber muss geredet werden, und zwar vorbehaltlos“, so Friedrich.“ „Wir setzen auf das Recht. Geschehenes Unrecht darf nicht nachträglich legitimiert werden. Wir wollen keine Neues Unrecht und damit auch keine neuen Vertreibungen. Forderungen nach Heimatrecht dürfen nicht mit neuen Vertreibungen gleichgesetzt werden. Der längst fällige Dialog zwischen Tschechen und Sudetendeutschen darf nicht behindert werden. Dies ist eine Forderung an die Politik, und zwar an die politische Führung beider Seiten. Sehr viel hoffnungsvoller haben sich die Begegnungen zwischen Deutschen und Tschechen auf unterster Ebene entwickelt. Die Verständigung scheint von unten zu wachsen. Die deutsch-tschechische Nachbarschaft setzt die Respektierung des Rechtes voraus. Die Anerkennung und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes müsse Grundlage sein. Das deutsch-tschechische Verhältnis besteht nämlich nicht nur aus Konflikten und einer sehr leidvollen Geschichte. Acht Jahrhundert hindurch lebten Tschechen und Deutsche im böhmisch-mährischen Raum friedlich und harmonisch miteinander. Deutsche waren von den böhmischen Königen als Siedler ins Land gerufen worden. Nicht als Eindringlinge oder Eroberer kamen die Deutschen, auch nicht in der Gefolgschaft Hitlers kamen sie, sondern 800 Jahre früher. Bedeutende Städtegründungen gehen darauf zurück. Prag und Brünn zum Beispiel entwickelten sich zu deutschen Kulturzentren von hohem Rang. Die Karls-Universität in Prag war die erste deutsche Hochschule in Europa. Auch drang die Musik von Smetana und Dvorak tief ins Bewusstsein der Deutschen und legte damit Grund in eine hohe Musikkultur in diesem Raum.

Freundschaftswochen mit Russlandsdeutschen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat bei der Podiumsdiskussion anlässlich der Freundschaftswoche in Schotten um Verständnis für den schweren Schicksalsweg der Deutschen aus Russland geworben. Friedrich dankte den politisch Verantwortlichen in Schotten für die erstmalige Durchführung der Freundschaftswoche, bei der sich die Spätaussiedler und die Einheimischen besser kennen lernen und verstehen sollen. „Nur wenn man aufeinander zugeht, ist man in der Lage, die Probleme des jeweils anderen zu verstehen. Dieser Weg der Integration über eine Freundschaftswoche kann Vorbild auch für andere Kommunen in Hessen sein“, so der Landesbeauftragte. So seien im Landeshaushalt 2007 knapp 5 Mio. € für Integrationsmaßnahmen vorgesehen, von denen auch die Spätaussiedler partizipieren.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154